Die Christdemokratische Partei Chiles (PDC) und Schwesterpartei der deutschen CDU hat auf ihrem Parteitag diese Woche mit großer Mehrheit (63 Prozent) beschlossen, Jeannette Jara, die kommunistische Kandidatin, für das Präsidentenamt zu unterstützen und auf einer gemeinsamen Abgeordnetenliste zu kandidieren. Jara hatte die Vorwahlen der amtierenden Mitte-Links-Regierungskoalition Ende Juni mit großem Abstand gewonnen und die Christdemokraten eingeladen, sich ihrer Kandidatur anzuschließen. Von **Michael Roth**.

Präsidentschaftskandidatin Jara steht für einen gemäßigt linken Kurs. Sie setzt sich unter anderem für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und international für einen eher pragmatischen Umgang mit Ländern wie Venezuela und Kuba ein.

Angesichts der Möglichkeit, in die politische Bedeutungslosigkeit abzurutschen, entschied sich die PDC für die Unterstützung von Jara. Im Vorfeld kam es darüber zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Während einige führende Mitglieder und Strukturen der PDC sich für Jara aussprachen, lehnten andere dies strikt ab.

Am vergangenen Mittwoch trafen sich die Parteispitzen der Regierungskoalition Unidad por Chile (Einigkeit für Chile), um über die Zusammensetzung der gemeinsamen Liste für die Parlamentswahlen zu beraten. Die Vertreter der Sozialistischen Partei und der Frente Amplio (Breite Front, FA) lehnten laut Presseberichten eine gemeinsame Liste mit der PDC ab, solange diese nicht eine eindeutige Unterstützung für Jara beschließt.

Der PDC-Regionalvorstand von Tarapacá erklärte einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung: „Wir unterstützen die Präsidentschaftskandidatur von Jeannette Jara, die eine progressive Kraft und eine erneuerte Allianz der Mitte-Links-Parteien repräsentiert. Jeannette Jaras Kandidatur steht im Einklang mit unseren Bemühungen, eine gerechtere Zukunft mit Chancen für alle aufzubauen."

Zuvor hatte Eric Aedo, Parlamentsabgeordneter und stellvertretender Parlamentspräsident, noch deutlicher gewarnt. Mit einer eigenen Parlamentsliste käme die PDC auf nur zwei Sitze und könnte damit, gemäß dem Parteiengesetz, aufhören zu existieren.

Senator Francisco Huenchumilla äußerte sich ähnlich und kritisierte nach der Entscheidung seiner Partei den weiterhin bestehenden Antikommunismus. Er erinnerte daran, dass Vietnam und China eine marktwirtschaftliche Ökonomie haben und die chilenischen Unternehmer mit beiden Ländern profitable Geschäfte machen. Auch die Bürgermeister von drei Gemeinden aus der Zentralregion Santiago sagten Jara ihre Unterstützung zu.

Parteivorsitzender Alberto Undurraga sprach sich indes gegen Jara aus. Unterstützt wurde

er dabei von mehreren ehemaligen Vorsitzenden, die sich mit dem Argument gegen Jara positionierten, dass sie nicht kommunistisch wählen könnten. Auf inhaltliche Fragen gingen sie dabei nicht ein.

Angesichts der schwierigen Lage hatte Undurraga vorgeschlagen, das Thema auf einer Nationalversammlung zu entscheiden. Für den Fall einer Unterstützung von Jara kündigte er seinen Rücktritt an. 63 Prozent der Mitglieder stimmten schließlich für die kommunistische Kandidatin, woraufhin er Huenchumilla als Interimspräsident das Feld überließ.

Jara bedankte sich anschließend für die Unterstützung und sagte, dass sie sich der Aufgabe stellen werde, die Herzen und das Vertrauen der Christdemokraten zu gewinnen. Für die nächsten Tage ist ein Treffen mit dem Parteivorstand der PDC geplant, um über die nächsten Schritte zu beraten.

Jara sprach in diesem Zusammenhang von Einigkeit für Chile als einer breiten Koalition, wie sie seit 1990 nicht mehr existiert hat. Das Ziel sei nicht nur, Rückschläge zu vermeiden, die eine rechtsextreme Regierung für Chile bringen kann, sondern ein Mitte-Links-Projekt voranzutreiben, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Titelbild: PDC Chile

Mehr zum Thema:

Der Putsch in Chile als Grundlage für die „neoliberale Konterrevolution“ und die Chicago Boys

Wie die Pinochet-Diktatur in Chile sich auf deutsche Alt-Nazis im BND verlassen konnte

50 Jahre Pinochet-Putsch gegen die Unidad Popular – Lektionen für heute

Widerstand gegen EU-Chile-Freihandelsabkommen wächst: „Kämpfen, um keine Kolonie der EU zu sein”

